WP-01-K3-1251-4

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Thilo Hoppe (KV Aurich-Norden)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 1250 bis 1251:
eigenständige Entwicklungspolitik, die strukturelle Ungerechtigkeiten abbaut und weltweit gleichberechtigte Partnerschaften ~~gestaltet~~für eine internationale Zusammenarbeit gestaltet und festigt.Dazu braucht es ein Entwicklungsministerium, das verstärkt mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Diaspora kooperiert und sich mit allen anderen Ressorts eng abstimmt.

Begründung

Die FDP will das Entwicklungsministerium abschaffen. Als entsprechende Forderungen publik wurden, gab es Widerspruch aus der Grünen Bundestagsfraktion. Während sich die SPD in ihrem Bundestagswahlprogramm klar zu einem eigenständigen Entwicklungsministerium bekennt, gibt es in der Union dazu inzwischen unterschiedliche Positionen und einen unklaren Kurs.

Nahezu alle Entwicklungs-NGOs und die Kirchen sehen in einem eigenständigen Entwicklungsministerium einen Mehrweit für eine solidarische Entwicklungspolitik, die strukturelle Ungleichheiten verringern und im Sinne der Agenda 2030 eine weltweite nachhaltige Entwicklung fördern und dabei nach dem Motto "to leave no one behind" besonders den marginalisierten und verletztlichsten Bevölkerungsgruppen Gerechtigkeit verschaffen und Perspektiven eröffnen will. Als eine Partei, die auch aus der Eine-Welt-Bewegung hervorgegangen ist, sollten wir uns unmissverständlich für ein eigenständiges Entwicklungsministerium aussprechen, das sich freilich reformieren und in enger Kooperation mit dem Auswärtigen Amt und anderen Ressorts für internationale Gerechtigkeit einsetzen soll.

Dies ist gerade in einer Zeit nötig, in der Entwicklungspolitik von der AfD aber leider auch aus Kreisen der FDP und Union diffamiert wird und in der Forderungen laut wurden, im Globalen Süden nur noch das zu fördern, was uns in Deutschland direkt ökonomisch oder sicherheitspolitisch nützt.

weitere Antragsteller*innen

Ottmar von Holtz (KV Hildesheim); Agnes Brugger (KV Ravensburg); Jürgen Kretz (KV Odenwald-Kraichgau); Ute Koczy (KV Lippe); Burkhard Pohl (KV Lippe); Ulle Schauws (KV Krefeld); Deborah Düring (KV Frankfurt); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Xenia Kellner (KV Hannover); Sebastian Klusak (KV Heidelberg); Laura Lotte Häußler (KV Braunschweig); Uwe Kekeritz (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim); Michael Krempin (KV Wetterau); Peter Meiwald (KV Ammerland); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Jörg Bredtschneider (KV Hildesheim); Frank Kiefer (KV Hildesheim); Kordula Schulz-Asche (KV Main-Taunus); Claudia Günther (KV Hildesheim); sowie 84 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.